

„Opec-Länder haben Interesse am Verschleiern“

Energieökonomin **Claudia Kemfert** sieht mehr Chancen als Risiken in der Energiewende. Warum trotzdem die Skeptiker tonangebend sind und die Ölproduzenten bremsen, sagte sie auf Fragen von **Günther Strobl**.

STANDARD: Sind wir mit heutigem Tag Peak Oil, also dem Fördermaximum, einen Schritt näher gekommen, oder liegt dieser Zeitpunkt schon hinter uns?

Kemfert: In manchen Regionen haben wir das Fördermaximum teilweise schon überschritten – etwa in Europa. Global gesehen sind wir noch nicht beim Peak. Irgendwann wird es aber soweit sein – das ist abhängig von der möglichen weltweiten Angebotsausweitung und der Nachfrageentwicklung. Weil in Ländern wie China und Indien der Energiehunger zunimmt, marschieren wir von derzeit 89 Millionen auf 100 Millionen Fass (à 159 Liter) Ölbedarf pro Tag zu. Dann ist wahrscheinlich auch der globale Peak Oil erreicht.

STANDARD: Warum ist die Opec nicht an Peak Oil interessiert?

Kemfert: Die Länder des Ölkartells haben billig zu erschließende Ölfelder und ein Interesse am Verschleiern. Sie versuchen den Eindruck zu erwecken, dass es in den Opec-Staaten unbegrenzt Öl gibt. Da ist große Unsicherheit gegeben.

STANDARD: Der Preis für das Fass Rohöl sollte nach Adam Riese weiter in die Höhe schnellen, wenn das Wissen um Peak Oil sich verbreitet. Davon würden wiederum die Produzentenländer profitieren.

Kemfert: Die versuchen ja auch, den Ölpreis zu steuern. Ein Ölpreis von über 100 Dollar je Fass bedeutet für die Opec-Staaten einen großen Gewinn, weil die Kosten der Exploration in diesen Ländern sehr viel niedriger sind.

STANDARD: Wenn man die Stimmung als Indiz nimmt, hat man den Eindruck, als ob der Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien mehr Risiken als Chancen beinhaltet. Wieso?

Kemfert: Weil diejenigen, die behaupten, dass die Risiken eines Umstiegs größer sind, eine lautere Stimme haben. Es gibt ja massive Wirtschaftsinteressen in den Industriestaaten, damit alles erst einmal so bleibt, wie es ist. Global gesehen gibt es aber auch viele klimaschädliche Subventionen. In vielen Produzentenländern wird über niedrige Gas- oder Ölpreise der Verbrauch für viele Bürger subventioniert.



Energieökonomin **Claudia Kemfert:** „Öl ist sozusagen das Blut der Volkswirtschaft. Die Ölvorkommen gehen auch schneller zur Neige als Gas.“

Foto: Hendrich

Kemfert: Das ist schon ein relativ hoher Ölpreis ...

STANDARD: ... an den wir uns gewöhnt haben.

Kemfert: Das ist ein interessantes volkswirtschaftliches Phänomen. Wir lernen, uns anzupassen. Empirisch lässt sich messen, dass wir heute weniger anfällig sind, als dies bei früheren Ölpreisschocks der Fall war, zumindest in Europa. Dennoch ist es so, dass es volkswirtschaftlich schwieriger wird, je höher der Ölpreis steigt.

STANDARD: Wann wird es kritisch?

Kemfert: Das kann man nicht wirklich messen, weil auch die Volkswirtschaften wie ein Gummiband immer flexibler werden. Was man aber sagen kann, ist, dass hohe Ölpreise grundsätzlich Gift für die Volkswirtschaft sind, weil sich alle Energiekosten verteuern. Daher ist das Energiesparen auch so wichtig.

CLAUDIA KEMFERT (43) studierte Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Bielefeld, Oldenburg und Stanford. Seit 2004 leitet sie die Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin. Zusätzlich hat Kemfert eine Professur für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der Berliner Hertie School of Governance. Kemfert war auf Einladung der Organisation zum Studium von Peak Oil und Gas in Wien.

KURZ GEMELDET

Schlupfloch für Steuer bei Porsche-VW-Deal

Stuttgart – Volkswagen und Porsche dürften einen Weg gefunden haben, um die Fusion umzusetzen, ohne Steuern in Milliardenhöhe zahlen zu müssen. Laut *Wirtschaftswoche* hat das Finanzamt Stuttgart den Unternehmen rechtsverbindlich mitgeteilt, dass bei der gewählten Konstruktion keine Steuern anfallen, obwohl die Holding Porsche SE für das Einbringen ihrer Tochter Porsche AG 4,5 Milliarden Euro von der Volkswagen AG erhalten soll. Im Fall einer Steuerpflicht hätte Porsche SE schätzungsweise 1,5 Milliarden Euro an Körperschafts-, Gewerbe- und Grunderwerbsteuer zahlen müssen. (APA)

Gewerkschaft erwägt Klage gegen Anton Schlecker

Frankfurt – Nach dem gescheiterten Verkauf der Schlecker-Töchter IhrPlatz und Schlecker XL rückt Anton Schlecker, Gründer der Drogeriekette, wegen strittiger Immo-Geschäfte in den Fokus. Die Gewerkschaft Verdi droht ihn zu verklagen, sollten sich Vorwürfe über den Verkauf von Grundstücken an seine Kinder kurz vor der Insolvenz bestätigen. (Reuters)

Öl-Unfall: BP will USA 15 Milliarden Dollar zahlen

London – Der britische Ölkonzern BP will mit einer Pauschalsumme von 15 Mrd. Dollar (12,03 Mrd. Euro) alle staatlichen Forderungen für die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko abgelden. Das berichtete die *Financial Times* unter Berufung auf Insider. (dpa)

GANZ KURZ

+++ **Fraport** zieht sich aus Indien zurück und stellt seinen zehnpromigen Anteil am Flughafen von Delhi zum Verkauf. +++ **Telefónica** Der verschuldete spanische Telekom-Riese gibt seine Beteiligung an China Unicom an die Chinesen zurück. Der Deal soll 1,1 Mrd. Euro bringen.

STANDARD: Andererseits ist die propagierte Energiewende eine Operation am lebenden Organismus?

Kemfert: Das stimmt. Deutschland hat sich dieses Experiment vorgenommen. Es klingt aber schlimmer als es ist – da es ein langfristiges Projekt ist. Deutschland hat sich vier Jahrzehnte für die Energiewende vorgenommen, vielleicht dauert es länger. Wir müssen es als Marathonlauf sehen, den wir heute einleiten und wo wir wohl dosiert Änderungen vornehmen. Was wir brauchen, ist Ruhe und Geduld, nicht Hysterie.

STANDARD: Die Weltwirtschaft basiert auf Öl und Gas. Fehlen die Ingredienzien, kollabiert das Ganze? **Kemfert:** Im Moment ist die Volkswirtschaft auf fossile Energie angewiesen, das ist richtig. Öl ist sozusagen das Blut der Volkswirtschaft. Die Ölvorkommen gehen auch schneller zur Neige als Gas.

STANDARD: Haben Sie eine Erklärung, warum nicht schon nach den Ölkrisen der 1970er-Jahren der Umstieg gewagt wurde?

Kemfert: Weil Öl sich danach wieder stark verbilligt hat. Dadurch geriet in Vergessenheit, dass Ölpreiskrisen auftreten können. Die Volkswirtschaften reagieren zu langsam und zu träge auf Schocks, da man eine neue Technik oder Infrastruktur nicht mal eben schnell flächendeckend einführen kann. Deshalb müssen wir heute beginnen und uns umstellen, Energie sparen und mehr und mehr auf fossile Energieträger verzichten. Wir haben die besten ökonomischen Voraussetzungen, in neue Technologien zu investieren, statt weiter fossile Energieformen zu subventionieren.

STANDARD: Ab wann ist der Ölpreis zu billig? Bei 80 Dollar je Fass oder weit darunter?

Etappensieg für Westbahn in OÖ

Dienstleistungsvertrag zwischen Land und ÖBB gestoppt

Wien – Die Westbahn hat nach der Niederlage im Kampf gegen den österreichweiten Verkehrsdienstleistungsvertrag des Verkehrsministeriums mit der ÖBB (läuft bis 2019) nun einen Etappensieg errungen. Der Unabhängige Verwaltungssenat (UVS) in Oberösterreich hat den geplanten Abschluss eines solchen Vertrags zwischen Verkehrsverbund Oberösterreich und ÖBB Ende Mai untersagt. Die Ausschreibung muss wiederholt werden.

„Die UVS-Entscheidung bedeutet, dass die im EU-Amtsblatt angekündigte Direktvergabe an die ÖBB durch Oberösterreich bzw. dessen Verkehrsverbund unwirksam war“, bestätigt Westbahn-Anwalt Rüdiger Schender von der Kanzlei B&S Böhmendorfer Schender dem STANDARD vorliegende Informationen.

Die Ausschreibung der Verkehrsdienste entspreche nicht dem Transparenzgebot, sagt Schender. „Direktvergabe heißt ja nicht, dass freihändig vergeben werden kann.“ So sei beispielsweise nicht klar definiert, welche Strecken und Leistungen – über das vom Bund finanzierte Grundangebot hinaus – in Oberösterreich genau vergeben werden. Somit hätten andere Anbieter keine Möglichkeit, mitzubieten.

Eine Direktvergabe des Staates an eine Staatsbahn wie die ÖBB ist dabei grundsätzlich EU-konform. Aber Direktvergabe bedeute nicht, dass nur ein bestimmter Anbieter zum Zug kommen könne, Ver-

kehrsleistungen könnten auch regional gesplittet werden.

Um Transparenz geht es der Westbahn auch im Kampf gegen den Verkehrsdienstleistungsvertrag des Bundes mit der ÖBB. Er läuft von 2011 bis 2019 und regelt österreichweit Umfang und Finanzierung von Schienen-Nah- und -Regionalverkehr, den die ÖBB im Auftrag des Bundes erbringt. Über die Jahre wird dieser Vertrag auf mehr als sechs Milliarden Euro taxiert. Auch hier will der im Eigentum des Bauunternehmers Hans-Peter Haselsteiner und der französischen Staatsbahn SNCF stehende ÖBB-Konkurrent Westbahn Transparenz erwirken, blitzte aber beim UVS Wien ab. Die Causa liegt beim Verwaltungsgerichtshof.

Im Interesse der Fahrgäste

Recht bekommen könnte die Westbahn an einer anderen Front: Der für Bau und Betrieb des Schienennetzes zuständige Teilkonzern ÖBB-Infrastruktur wird künftig sämtliche Informationen über Zugbewegungen und vor allem Verspätungen von Anschlusszügen (auch anderer Eisenbahnunternehmen) liefern müssen. Und zwar in Echtzeit, also nicht nur vor der Abfahrt, sondern auch unterwegs. Das lehnte die ÖBB bisher ab. Laut EuGH-Generalanwalt, dessen Meinung sich der Europäische Gerichtshof meist anschließt, sind alle relevanten Echtzeitdaten „in diskriminierungsfreier Weise“ zu liefern. (ung)

BEVÖLKERUNG

RI  KLIMA
+  MA

ARMUT

UMWELT

GESUNDHEIT

ENTWICKLUNG

Schwerpunktausgabe am Samstag, 16. Juni

Vor zwanzig Jahren trafen sich die Entscheider der Welt und planten die Rettung der Erde. Wie kann man die Ausbeutung der Rohstoffe stoppen? Wie lässt sich die Veränderung des Klimas aufhalten? Wie ernährt man eine ständig wachsende Menschheit? Zwei Jahrzehnte später sind die Probleme die gleichen. Sind es die Rezepte auch? DER STANDARD berichtet anlässlich eines neuen Erdgipfels über damals, heute und morgen – in einer Schwerpunktausgabe am 16. Juni 2012.



Die Zeitung für Leserinnen